

Demographischer Wandel in Großstadtregionen: Diskussionsbericht

Tönnies, Gerd

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Tönnies, G. (2005). Demographischer Wandel in Großstadtregionen: Diskussionsbericht. In W. Strubelt, & H. Zimmermann (Hrsg.), *Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels: T. 5, Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir? Gemeinsamer Kongress 2004 von ARL und BBR* (S. 86-93). Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung - Leibniz-Forum für Raumwissenschaften. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-338613>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Gerd Tönnies

Demographischer Wandel in Großstadtregionen Diskussionsbericht

S. 86 bis 93

Aus:

Wendelin Strubelt, Horst Zimmermann (Hrsg.)

Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir?

Gemeinsamer Kongress 2004 von ARL und BBR

Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 225

Hannover 2005

Gerd Tönnies

Demographischer Wandel in Großstadtregionen

Diskussionsbericht

Gliederung

- 1 Zum Ablauf und zur Orientierung
- 2 Zentrale Prozesse und Probleme
- 3 Konzepte und Strategien
- 4 Diskussion mit dem Plenum

1 Zum Ablauf und zur Orientierung

Im zweiten Forum wurden die mit dem demographischen Wandel zusammenhängenden Tendenzen und Handlungsbedarfe am Beispiel der Großstadtregionen vertieft.

Zunächst gab der Moderator, Prof. Dr. Heinrich Mäding, Leiter des Difu Berlin, einen kurzen Überblick über das generelle Themenfeld (siehe den Beitrag in diesem Band). Er verdeutlichte die Vielzahl von Trends und Facetten, die den demographischen Wandel in Deutschland und Europa charakterisieren, von den Teilprozessen der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Fertilität, Mortalität) über die Alterung und die Vereinzelung bis hin zur internationalen Zuwanderung und der mit ihr verbundenen Heterogenisierung der Bevölkerung. Gleichzeitig hob er die großen Unterschiede in den räumlichen Auswirkungen des demographischen Wandels, etwa zwischen städtischen und ländlichen oder ost- und westdeutschen Regionen hervor. Anschließend setzte sich Prof. Dr. Johann Jessen, Universität Stuttgart, in einem Impulsreferat mit zwei für den demographischen Wandel in Großstadtregionen grundlegenden Fragen auseinander (siehe ebenfalls in diesem Band), nämlich: Wie wird der demographische Wandel verlaufen? Was ist zu tun?

Die beiden Gesprächsrunden der Podiumsdiskutanten¹ bezogen sich auf

- zentrale Prozesse und Probleme sowie
- Konzepte und Strategien.

¹ Verbandsdirektor Christian Breu, München; Beigeordneter Dr. Engelbert Lütke Daldrup, Leipzig; Erster Beigeordneter Dipl.-Geogr. Jens Peter Scheller, Frankfurt am Main; Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper, Magdeburg; Planungsdezernent Dipl.-Ing. Ullrich Sierau, Dortmund.

2 Zentrale Prozesse und Probleme

In der ersten Diskussionsrunde gingen die Vertreter der fünf (Groß-)Stadtregionen auf die zentralen Prozesse, Probleme und Herausforderungen der Entwicklung ihrer Regionen ein.

Sozio-demographische Entwicklung

Wie die Berichte zeigen, sind die meisten Stadtregionen mit Einwohnerrückgängen konfrontiert. Insbesondere in den Kernstädten führte die natürliche Bevölkerungsbewegung (Sterbeüberschüsse) in den letzten Jahrzehnten zu Einwohnerverlusten. Ausnahmen stellten die beiden „demographischen Glückspilze“ (Scheller) Frankfurt am Main und München dar, die zugleich die höchsten Zuwanderungsüberschüsse zu verzeichnen hatten. Dennoch schwächt sich auch in der Region Rhein-Main die Einwohnerzunahme deutlich ab und wird längerfristig in einen sanften Bevölkerungsrückgang übergehen. Bedenklich stimmt die Feststellung, dass nicht einmal die Region Rhein-Main, die bei einem durchschnittlichen Ausländeranteil von 17 % jahrzehntelange „Erfahrungen“ im Zusammenleben mit Migrant*innen hat, mental auf die Integration der zugewanderten bzw. künftig zuwandernden Bevölkerung vorbereitet sei. Dies zeige sich beispielsweise beim Bau von Moscheen (Scheller).

Am günstigsten stellt sich die demographische Lage in der Großstadregion München dar. Hier gehen Geburtenüberschüsse mit Zuwanderungsüberschüssen einher. Und auch die Alterung stellt kein nennenswertes Problem dar, gehört die Region doch zu den demographisch jüngsten in Deutschland. Insofern überrascht es nicht, dass Regionalplanung und -politik von sehr verzögerten Wirkungen des demographischen Wandels ausgehen und genügend Zeit für Anpassungsmaßnahmen oder sogar eine Umkehr des nur sehr langfristig negativen Trends sehen (Breu).

Eine relativ stabile, durch geringfügige Abnahme gekennzeichnete Bevölkerungsentwicklung wird bis zum Jahre 2020 voraussichtlich auch Dortmund, die dritte westdeutsche Großstadregion, zu verzeichnen haben (1 % Abnahme). Im Vergleich zu anderen Ruhrgebietsstädten, die sich mit Einwohnerrückgängen zwischen 10 % und 15 % konfrontiert sehen, ist dies eine eher moderate Entwicklung.

Wesentlich dramatischer verlief die demographische Entwicklung in den Städten der neuen Länder. Seit der Wende verschränken sich hier die zunächst (1989 bis 1991, Wiederanstieg ab 1997) sehr starke Abwanderung nach Westdeutschland mit einem weltweit einmaligen „Absturz“ der Geburtenhäufigkeit bei gleichzeitiger „nachholender“ Suburbanisierung und nur geringer Partizipation an der internationalen Zuwanderung nach Deutschland. An diesem problematischen Entwicklungsverlauf kann auch die (selektive) Zuwanderung aus ländlichen Gebieten der neuen Länder kaum etwas ändern, in denen die Folgen der Abnahme und Alterung zu noch weitaus gravierenderen Folgen für die Regionalentwicklung führen (siehe den Bericht über das Forum 1).

Im Zuge dieser Entwicklung kam es in Leipzig und Magdeburg zu überaus starken Einwohnerverlusten. So ging die Einwohnerzahl beispielsweise in Magdeburg um ca. 56.000 zurück, von 285.000 (1985) auf 229.000 (2004) Einwohner. Ein beträchtlicher Teil davon ist in das Stadtumland, den sog. Speckgürtel gezogen. Während im Stadtgebiet ungefähr 40 % der Kindergärten und Schulen geschlossen wurden, mussten im suburbanen Raum zahlreiche

Einrichtungen der sozialen Infrastruktur neu gebaut werden. Ähnlich verlief die Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Leipzig, die seit 1981 85.000 Einwohner verlor, die meisten seit Ende der 1980er Jahre. Neben einem ersten Schrumpfungsschub in den Jahren 1989/92 durch starke Abwanderung nach Westdeutschland vollzog sich in der ersten Hälfte der 1990er Jahre – wie in einer regionalplanungsfreien Zone (Lütke Daldrup) – ein sehr dynamischer, nahezu ungesteuerter Suburbanisierungsprozess, der zu erheblichen Konsequenzen für die räumliche Entwicklung und Planung in der ganzen Großstadregion führte.

Umso erfreulicher ist es, dass seit Ende der 1990er Jahre in Leipzig und Magdeburg, aber auch in anderen Stadregionen Ostdeutschlands, eine Trendwende der demographischen Entwicklung festzustellen ist. Ursachen hierfür sind die seit mehreren Jahren wieder ansteigende Geburtenhäufigkeit und Wanderungsüberschüsse, insbesondere – wie in den meisten Städten – bei den mittleren und vor allem den jüngeren Altersgruppen. So ist der Trend eines dauerhaften Bevölkerungsrückgangs in Leipzig im Jahre 1998 gebrochen worden. Seit 2001 steigt die Einwohnerzahl wieder (Lütke Daldrup). Und auch Magdeburg hat nach einem langen, tief greifenden demographischen Umbruch wieder positive Wanderungssalden aufzuweisen (Trümper). Die Suburbanisierung stellt jedoch nach wie vor ein beträchtliches Problem für die Entwicklung von Stadt und Umland dar.

Sozialräumliche Entwicklung, Wohnungsmarkt

Was für alle Städte der neuen Länder gilt, wurde für Leipzig von Lütke Daldrup besonders herausgestellt: die Zunahme der sozialräumlichen Polarisierung, die in dieser Stadt nicht zuletzt aufgrund des Wohnungsleerstandes stark voranschreitet. Mittlerweile hätten sich die Segregationsmuster der Vorkriegszeit zu einem großen Teil wieder herausgebildet. Krasse sozialräumliche Disparitäten bestünden zwischen Plattenbauten, deren Entwertung dynamisch verlaufe, und gründerzeitlichen Innenstadtquartieren, die durch Zuwanderung bereits wieder weitgehend aufgefüllt seien. Diese Entwicklung vollziehe sich allerdings auf Kosten der Einheitlichkeit der Stadtlandschaft und führe zu einem kleinräumigen Mosaik schrumpfender und wachsender Stadtquartiere bei intraregional allgemein steigender sozialräumlicher Polarisierung.

In der Region Rhein-Main sei die Siedlungs- und Wohnungsentwicklung neben der Nachverdichtung im Bestand (immerhin ca. 50 %) vor allem durch eine extreme Flächeninanspruchnahme an der Peripherie des suburbanen Raumes gekennzeichnet. Die starke Flächenextensivität führe zu hohen Kosten beim Bau und Betrieb von Einrichtungen der sozialen und technischen Infrastruktur. Ein weiteres Problem- und Handlungsfeld stelle die Schaffung von altengerechten Wohnmöglichkeiten dar. Wie eine Umfrage in Frankfurt am Main zeigte, könnten sich 50 % der Befragten vorstellen, im Alter in gemeinschaftlichen Wohnformen zu leben. Angebote gebe es jedoch bisher kaum (Scheller). Für die Region München wurde betont (Breu), dass Wohnungen nach wie vor knapp und teuer seien. Obwohl zurzeit eine gewisse Entspannung des Wohnungsmarktes zu konstatieren sei, müsse mit weiteren Boomphasen und steigenden Miet- und Immobilienpreisen gerechnet werden – ein starker Kontrast zu Magdeburg, wo sich Studenten großzügige Wohnungen in attraktiven Wohnlagen leisten könnten (Trümper).

Wirtschaftliche Entwicklung

Auch in ökonomischer Hinsicht verlief die Entwicklung in den einzelnen Großstadregionen recht unterschiedlich. So hat Dortmund es beispielsweise geschafft, die altindustrielle Wirtschaftsstruktur weitgehend zu überwinden und sich im Dienstleistungsbereich, aber auch in der Mikrosystemtechnik und der Logistik neu und führend zu positionieren (Sierau). Voraussetzung hierfür seien attraktive Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen, über die die Stadt seit langem verfüge. Nicht zuletzt hieran orientierte sich auch die Zuwanderung jüngerer Bevölkerungsgruppen. In den strukturstarken Regionen Rhein-Main und München stellte die Wirtschaftsentwicklung ohnehin kein Problem dar, obwohl Frankfurt am Main den Verlust wichtiger Headquarter-Funktionen (z. B. DB, Hoechst) und Leerstände bei Büroflächen zu verzeichnen hat (Scheller).

In den neuen Ländern ist die gesamtwirtschaftliche Situation nach weitgehender Deindustrialisierung nach wie vor äußerst problematisch. Investoren werden händeringend gesucht und haben enorme Freiheitsgrade bei der Standortwahl, wodurch die Perforation der Stadtstruktur noch verstärkt wird.

Vordringlich ist der Aufbau einer modernen, flexiblen Struktur innovativer Klein- und Mittelbetriebe. Die ostdeutschen Städte erreichen bisher erst 43 % des Gewerbesteueraufkommens der westdeutschen. Insofern muss ihre Steuerkraft dringend durch Betriebsansiedlungen erhöht und die Wirtschaftsförderung weitergeführt werden (Trümper). Von grundlegender Bedeutung für eine erfolgreiche Regional- und Stadtentwicklung sei außerdem – auch und gerade in den neuen Ländern – die Hochschulentwicklung. Hier habe Magdeburg durchaus Erfolge zu verzeichnen, die jedoch, zumindest zum Teil, durch die aktuelle Spardiskussion in diesem für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung zentralen Bereich gefährdet werden könnten.

Vor dem Hintergrund der schwachen Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre und des damit verbundenen, seit Ende der 1970er Jahre ohnehin geringen Potenzials räumlich mobiler Betriebe betonten alle Podiumsdiskutanten die problematischen Auswirkungen der massiven interregionalen und intraregionalen Konkurrenz um Betriebsansiedlungen bzw. Gewerbesteuererinnahmen. Insbesondere für die Konkurrenz zwischen Kernstadt und Umland seien dringend regionale Lösungen erforderlich (Trümper). In diesen Kontext passte die Klage aller Vertreter der Großstadregionen, egal ob in Ost- oder Westdeutschland, in prosperierenden oder strukturschwachen Regionen, dass die Kommunalhaushalte durch außerordentlich hohe und weiter wachsende Defizite gekennzeichnet seien.

3 Konzepte und Strategien

Im Mittelpunkt der zweiten Diskussionsrunde standen die herausragenden Handlungsschwerpunkte in den fünf Großstadregionen sowie die hieran orientierten, im Rahmen der Stadt- und Regionalentwicklung erarbeiteten Konzepte und Strategien.

- (1) Für Dortmund wurde zunächst herausgestellt, dass weder Schrumpfung eine „Schande“ noch Wachstum a priori „gut“ sei. Und „weniger könne durchaus mehr“ sein (Sierau). Auf Quartiersebene gebe es in der Stadregion ohnehin eine Gleichzeitigkeit von

Schrumpfung und Wachstum. Entsprechend differenziert müssten Konzepte und Strategien ausgerichtet sein.

Um die Attraktivität für Bevölkerung und Wirtschaft im Rahmen der interregionalen Konkurrenz zu erhalten oder zu steigern, seien vor allem qualitativ hochwertige Wohnungsangebote, Wohnumfelder und Freiraumpotenziale erforderlich. Diese gelte es gezielt zu entwickeln. Hierbei böten Einwohnerabnahmen durchaus Ansatzpunkte für eine Verbesserung der Wohnumfeld- und Freiraumsituation. Ebenso konnte ein großer Teil der durch die Schließung von Montanbetrieben frei werdenden Flächen umgestaltet und zu hochwertigen Standorten für Kreditinstitute, Versicherungen und Betriebe aus den Bereichen Mikrosystemtechnik und Logistik aufgewertet werden – bis hin zu exklusiven Standorten für Dienstleistungsarbeitsplätze am Wasser. Wichtige Instrumente bzw. Finanzquellen seien hierbei Gründungswettbewerbe und die Ziel-2-Förderung der EU gewesen, wobei in beiden Fällen das Land Nordrhein-Westfalen wichtige Unterstützung geleistet habe.

- (2) Als zentrales Problem für die Entwicklung der Großstadregion Leipzig wurde der Wettbewerb um Arbeitsplätze hervorgehoben (Lütke Daldrup). Es gelte, Betriebe und die damit verbundene wertschöpfende Nachfrage in die Region zu holen. In diesem Zusammenhang spielten auch entspannte Wohnungsmärkte eine wichtige Rolle. Bei ca. 50.000 leer stehenden Wohnungen hätten Wohnungssuchende eine große Auswahl zwischen unterschiedlichen, vielfach attraktiven und gleichwohl kostengünstigen Angeboten.

Auch für diese Großstadregion wurden die stadt- und regionalplanerischen Probleme eines dichten räumlichen Nebeneinanders von wachsenden und schrumpfenden Stadtquartieren betont. Der Prozess der urbanen Transformation sei durch eine starke Beschleunigung in wirtschaftlicher, sozialer und räumlicher Hinsicht gekennzeichnet. Er beinhalte für einzelne Quartiere die Gefahr einer Abwärtsspirale, während in anderen, etwa den Gründerzeitvierteln, die „Welt noch in Ordnung“ sei. Der für dieses unorganische Nebeneinander teilweise verwandte Begriff der „Perforation“ wurde für eine planerisch-normative Verwendung abgelehnt, da er – als mehr oder minder chaotisch ablaufender marktgetriebener Prozess – lediglich auf die räumlichen bzw. physisch-baulichen Auflösungserscheinungen passe (Lütke Daldrup).

Um die Stadt- und Regionalentwicklungsprozesse sozial-, wirtschafts- und umweltverträglich zu gestalten, müsse die Planung Leitbilder formulieren, gewissermaßen Leitplanken setzen und für die Aufrechterhaltung gestalterischer und baulicher Mindestqualitäten sorgen. Bei der Umsetzung gelte es, alle Möglichkeiten der Förderung auszuloten, von EU-Programmen wie URBAN bis zum Programm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf – die Soziale Stadt“ von Bund und Ländern. Eine wichtige Voraussetzung für das Verbleiben in der Stadt und der Region sei das Erreichen einer ausreichenden „kritischen Masse“, die anspruchsvolle städtische Lebensstile ermöglicht (z.B. Leipzig oder Dresden). Ansonsten würden sich die Suburbanisierung oder gar die Abwanderung aus Ostdeutschland eher noch verstärken.

- (3) Situation, Aufgaben und Handlungsbedarf der Stadt- und Regionalpolitik in Magdeburg seien weitgehend mit Leipzig vergleichbar (Trümper). Viel zu lange sei der Wohnungsbau über Sonderabschreibungen am Bedarf vorbei forciert worden. Zahlreiche Wohnkomplexe würden auf Dauer keinen Bestand haben. Insbesondere in Plattensiedlungen stünden ganze Zeilen leer. In Anbetracht der hohen Leerstandskosten sei in vielen Fällen ein Abriss unausweichlich. Zurzeit erarbeite die Stadtplanung Grundlagen und konzeptionelle Vorstellungen dafür, welche Bestände einerseits vom Markt genommen und welche andererseits Bestand haben und teilweise sogar verdichtet werden sollen. Vor allem entlang der Elbe gebe es hervorragende Wohnstandorte, auf die eine starke Nachfrage gerichtet sei.

Als immenses Problem für die Wohnungswirtschaft in Ostdeutschland nannte Trümper die starke Belastung vieler Wohnungen mit Altschulden. Seiner Ansicht nach seien die nächsten fünf Jahre von entscheidender Bedeutung für den Stadtbau Ost. Danach liefen Fördermittel aus verschiedenen EU-Programmen aus. Zentrale Voraussetzung einer erfolgreichen Stadt- und Regionalentwicklung sei die Ansiedlung zukunftsfähiger Betriebe, für die kostengünstige Gewerbeflächen bereitstünden. Hierauf müsse sich die Stadt vorrangig konzentrieren.

- (4) Scheller skizzierte zunächst den Regionalen Flächennutzungsplan als wichtige Grundlage für die siedlungsstrukturelle Entwicklung im Rhein-Main-Gebiet. Der Plan gehe von einer Konzentration der weiteren Siedlungsentwicklung auf Zentren aus. Ziel sei es, den Suburbanisierungstrend zu „brechen“. Viel schwieriger als die Zielformulierung stelle sich jedoch ihre Umsetzung in der siedlungsstrukturellen Realität dar. Daher würden zurzeit qualitative Diskussionen mit den Bürgermeistern geführt. Für ein effektives Regionalmanagement auf der Grundlage des Ballungsraumgesetzes in Frankfurt am Main bestünden zudem engere Grenzen als etwa auf der Grundlage des politisch-administrativen Modells der Region Hannover.

Im Mittelpunkt eines weiteren Handlungsschwerpunktes stünden die Nachverdichtung im Bestand und die Konversion großer Bahnareale. Zur Begleitung der Planerstellung würden eine Reihe von Fachtagungen durchgeführt. Wegen des demographischen bzw. altersstrukturellen Wandels werde schließlich versucht, das Monitoring im Bereich der sozialen Infrastruktur deutlich zu verbessern.

- (5) Auch für die Großstadregion München (Breu) zeigte sich, dass die Regionalplanung ein komplexes Aufgabenspektrum zu bewältigen hat. Leitziel sei es, die Attraktivität der „Marke München“ weiterhin zu steigern. Voraussetzungen hierfür seien herausragende Bildungsangebote, andere Einrichtungen der sozialen Infrastruktur, exzellente Forschungspotenziale, ein in der gesamten Region hochleistungsfähiger öffentlicher Personennahverkehr und eine Konzentration von Bevölkerung, Versorgungseinrichtungen und Infrastruktur in den Zentralen Orten und anderen Zentren entlang der Schienenverkehrsachsen. Neben einer Optimierung der Standort- und Versorgungsbedingungen könnten hierdurch zugleich die Zersiedelung und Freirauminanspruchnahme begrenzt werden. Gleichzeitig würden siedlungsstrukturelle Voraussetzungen geschaffen, um die vorhandenen Standortcluster von Betrieben zu stärken.

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels besäßen Ansätze einer kinderfreundlichen Planung (Krippen, Horte, Kindergärten, vorschulische Einrichtungen) zentrale Bedeutung für eine zukunftsfähige Stadt- und Regionalentwicklung. Hierfür seien die Kommunen weitaus am besten geeignet und auch verantwortlich. Dies seien nicht nur wichtige Voraussetzungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern auch für die internationale Attrahierung hoch qualifizierter Arbeitskräfte.

In planungsorganisatorischer Hinsicht sei die Region München keineswegs durch eine hohe Reformdynamik gekennzeichnet. Dies liege nicht zuletzt an der Vielzahl von regionweit tätigen Verbänden, wozu beispielsweise der Münchner Verkehrsverbund, der Erholungsflächenverein, der Isartal-Verein, der Heideflächenverband, der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München und der Regionale Planungsverband gehörten. Die Regionalplanung müsse konstruktiv mit allen Verbänden und den zahlreichen anderen Trägern öffentlicher Belange zusammenarbeiten. Zentrale Organisations- und Planungsmodelle seien hierfür völlig ungeeignet. Wettbewerbe zwischen Gemeinden seien demgegenüber ein wichtiges und zielführendes Instrument der Stadt- und Regionalentwicklung.

4 Diskussion mit dem Plenum

Am Ende der Forumssitzung wurde die Diskussion für das Plenum geöffnet. Auf die hierbei angesprochenen Fragen kann nur kurz eingegangen werden.

Zunächst wurde für die Erhaltung der kommunalen Selbstverwaltung der Städte plädiert. Es sei von grundlegender Bedeutung, dass die Großstädte ihre Entwicklungspolitik eigenständig betreiben und ihren Bürgern gegenüber vertreten könnten. Ständige Abstimmungserfordernisse in übergeordneten großräumigen Organisationsstrukturen erschwerten die Entwicklung und die Profilierung klarer stadtentwicklungspolitischer Strategien und setzten die Transparenz und Zurechenbarkeit von Entscheidungen für die Bürger herab. Im Extremfall paralyisierten sie die Entwicklung des gesamten Städtesystems.

In einem anderen Beitrag wurde auf die großen Unterschiede der Entwicklungschancen von Großstadregionen und dünn besiedelten, ländlichen, strukturschwachen Räumen hingewiesen. Während das entwicklungsrelevante Humankapital vor allem in den Großstadregionen konzentriert sei, fehle es – als Ergebnis lang anhaltender, sozial selektiver Abwanderung – in zahlreichen dünn besiedelten, strukturschwachen Räumen nahezu völlig. Daher müsse dringend nach Ansätzen gesucht werden, die einen besseren Ausgleich zwischen den Regionstypen bzw. eine bessere Vernetzung der ländlichen Räume mit den Potenzialen der Verdichtungsräume ermöglichen.

Außerdem wurde betont, dass Regionen, die ihre Politik an den Lebensbedürfnissen von Familien mit Kindern ausrichten, bessere Entwicklungschancen hätten. Allgemein müssten Bau- und Wohnungspolitik ihre Angebote in stärkerem Maße an den unterschiedlichen lebensphasenspezifischen Anforderungen der Haushalte orientieren (nähere Informationen zum „Netzwerk für örtliche und regionale Familienpolitik“ über das Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH in Hannover).

Ein weiterer Diskutant schilderte am Beispiel des Berliner Stadtbezirks Neukölln, dass die Integration der nicht deutschen Bevölkerung zum großen Teil durch die sozial- und einkommensschwache Bevölkerung in den Problemquartieren der Großstadregionen geleistet werde. Soziale Polarisation und sozialräumliche Segregation verschärften sich zusehends. Schließlich wurde vorgeschlagen, das Problem der Konkurrenz zwischen den verschiedenen Fachplanungen im Rahmen des Um- und Rückbaus von Siedlungen stärker zu thematisieren.

In einer Schlussrunde des Podiums wurde noch einmal die grundlegende Rolle familienpolitischer Ansätze für nahezu alle Bereiche einer zukunftsfähigen Stadt- und Regionalentwicklung sowie die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit der Regionalplanung mit den Kommunen betont. Hierbei bedeute eine Stärkung der Regionalplanung, etwa durch die Einrichtung regionaler Planungsverbände – wie den Verband Region Stuttgart – keineswegs eine Schwächung der kommunalen Planungsautonomie, sondern eher das Gegenteil.